

«Ich will weder vorverurteilen, noch die BLS reinwaschen»

Öffentlicher Verkehr Nach dem Subventionsdebakel um die BLS fordert Peter Siegenthaler (SP), der Chef des parlamentarischen Kontrollorgans, eine lückenlose Aufklärung.

Dario Greco

Herr Siegenthaler, die BLS hat von 2012 bis 2018 fast 44 Millionen zu viel an Subventionen aus erhalten. Ärgert Sie das?

Persönlich ärgert mich, dass es innert kurzer Zeit der zweite Fall ist, in den die BLS verwickelt ist. (Letztes Jahr war bereits bekannt geworden, dass die BLS zu hohe Zinskosten für Kredite zum Kauf von Rollmaterial angegeben hatte, Anm. d. Red.) Und es erstaunt mich, dass in einem Unternehmen wie der BLS keine Controlling-Instanz bemerkte, dass über Jahre zu viel Geld geflossen ist.

Und weshalb bemerkte der Kanton Bern nichts?

Das lässt sich noch nicht sagen. Wir kennen erst die Position der Finanzkontrolle des Kantons, alles andere muss die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats (GPK) jetzt herausfinden.

Was sagt die Finanzkontrolle?

Das ist noch vertraulich. Der Bericht liegt vor, die Meinung der Finanzkontrolle ist eindeutig.

Weshalb blieb unentdeckt, dass die BLS zu viel Geld erhielt?

Vielleicht ist das ein Problem des Systems. Die BLS hat Controller und Finanzspezialisten, aber offenbar merkte niemand etwas. Der Bund, der Kanton, die Region und die Unternehmung haben in diesem System ihre Rolle. Irgendwann ist es nicht mehr überschaubar. Wenn am Ende kaum noch jemand durchblickt, müssen wir uns fragen, ob das nicht auch einfacher ginge.

Der Fall BLS wurde Ende Februar bekannt. Führte er bereits zu Konsequenzen?

Bis jetzt noch nicht, nein. Auch nicht personeller Art.

Vor der BLS waren bereits die Postauto AG und die SBB von Ungerechtigkeiten rund um Subventionen betroffen. Weshalb trifft es die ÖV-Branche derart häufig?



Gibt es wie bei Postauto Hinweise auf kriminelle Handlungen? Foto: Franziska Rothenbühler (Archiv)

Es ist unschön, dass der ÖV als wichtiger Verkehrsträger so häufig in den Schlagzeilen ist. Wenn an der Lauterkeit der Entscheidungsträger gezweifelt werden muss, wenn sie möglichst viel Geld zu nehmen versuchen, gefällt mir das nicht. Aber wir sind mit der BLS nicht dort, wo wir bei Postauto waren, das würde zu kurz greifen. Ich wünsche mir, dass wir raschmöglichst zu Klärungen kommen. Diesbezüglich hatte der Postauto-Skandal Vorbildcharakter, seine Aufarbeitung ging sehr schnell voran.

Lässt sich der Fall BLS mit dem Postauto-Skandal vergleichen?

Bei Postauto wurden bewusst kriminelle Handlungen vorgenommen. Bei der BLS haben wir bis jetzt keine Hinweise, dass dies der Fall war.

Der Regierungsrat schliesst nicht aus, dass bei der BLS Täuschung vorliegt. Welche Konsequenzen müsste eine Täuschung haben?

Wenn es sich um Täuschung handelte, dann müssten die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Die GPK startete ihre Untersuchung bereits Ende 2019. Gab es bereits Hinweise?

Die GPK überprüft jährlich genauer ein kantonsnahes Unternehmen oder eines, das ihm gehört. Die Überprüfung der BLS war schon Anfang 2019 beschlossen worden und hat nichts mit den bekannt gewordenen Fällen zu tun. Die Ausweitung der Untersuchung erfolgt jetzt aber aufgrund dieser Fälle.

Wie läuft die Untersuchung ab?

Die GPK wird demnächst definieren, welche Personen vorgeladen werden. Vom BLS-Verwaltungsrat haben wir Signale, dass er seine Position möglichst rasch darlegen möchte. Die Kommission muss sich ein Bild davon machen, wer wann was wusste.

Was erwarten Sie von der Untersuchung?



Peter Siegenthaler ist SP-Grossrat und Präsident der Geschäftsprüfungskommission im Grossen Rat.

Am Schluss kann die GPK höchstens eine Empfehlung abgeben. Diese Untersuchungen sind eine aufwendige Angelegenheit, weil die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs ein sehr komplexes System ist. Es wird seine Zeit dauern.

Was müssen Bund und Kanton aus den ÖV-Subventions-skandalen der letzten Jahre lernen?

Ich möchte bei der BLS vorerst nicht von einem Skandal sprechen. Falls dort aber unlauter gehandelt wurde, muss es personelle Konsequenzen haben. Falls niemand die Fehler bemerken konnte, müssen wir das Finanzierungssystem überdenken.

Wie steht es um Ihr Vertrauen in die BLS?

Ich bin gelegentlicher BLS-Kunde und sehr zufrieden mit dem Service. Dennoch tun wir gut daran, genau hinzuschauen und uns die nötige Zeit für die Abklärungen zu geben. Ich will niemanden vorverurteilen, aber Geschäftsleitung und Verwaltungsrat der BLS auch nicht reinwaschen. Sie alle waren in das Geschäft involviert.

Versöhnliche Töne im Reitschule-Streit

Stadt Bern Hohe Kriminalität sorgt für ein Zusammenrücken von Stadt und Kanton.

Die Sicherheitslage auf der Berner Schützenmatte sei «unhaltbar». Zu diesem Schluss gelangt die bürgerlich dominierte Berner Kantonsregierung. In einer Antwort auf einen SVP-Vorstoss nennt sie die Gründe dafür. Unter anderem habe die Anzahl Raub-, Sexual- und Diebstahldelikte im Umfeld der Reitschule zugenommen. Um das zu unterstreichen, veröffentlicht sie neue Zahlen. Laut Kantonsregierung sind die Delikte in den vergangenen drei Jahren von 601 (2017) auf 1016 (2019) angestiegen. Zusätzlich bestünden «Indizien für sehr hohe Dunkelziffern».

Es ist das erste Mal, dass Zahlen in dieser Deutlichkeit vorliegen. Zwar ist schon länger bekannt, dass es auf der Schützenmatte vermehrt zu Übergriffen kommt, dass Ausmass sorgte selbst bei Christoph Ris für Verwunderung. Mit dem Verein Platzkultur betreibt er die dreijährige Zwischennutzung auf der Schützenmatte. «Die krasse Zunahme und die Heftigkeit der Delikte überraschte auch uns.»

Müller gibt sich versöhnlich

Der starke kriminelle Anstieg um die Reitschule löst auch beim kantonalen Sicherheitsdirektor Philippe Müller (FDP) eine überraschende Reaktion aus. Während er in der Vergangenheit nicht müde wurde, die Stadt Bern für ihren Umgang mit dem Reitschule-Dossier zu kritisieren, schlägt Müller nun versöhnliche Töne an: «Ich wünsche mir, dass Stadt und Kanton gemeinsam nach Lösungen zur Bekämpfung der Kriminalität auf der «Schütz» suchen.»

Ähnlich klingt es vonseiten der Stadt. Sie ist als zuständige Gemeinde für die Sicherheit auf der Schützenmatte zuständig. «Der Gemeinderat steht in einem Dialog mit dem Regierungsrat und wird das weitere Vorgehen in diesem Rahmen diskutieren», sagt Sprecher Walter Langenegger auf Anfrage. Dazu, wie dieses Vorgehen aussehen könnte, wollte sich weder Sicherheitsdirektor Müller noch die Stadt äussern. Auch zur aktuellen Situation auf der Schützenmatte gab sich Letztere einsilbig: Man habe von der Antwort auf den Vorstoss Kenntnis genommen, heisst es bloss. Noch

vergangenen Herbst kam es zum Knatsch zwischen Gemeinde- und Regierungsrat: Sicherheitsdirektor Müller hatte sich in einem Schreiben an den Berner Gemeinderat gewandt und strengere Sicherheitsvorgaben für die Betreiber der Reitschule gefordert. Sein Brief blieb unbeantwortet, weshalb sich der Gesamtregierungsrat in die Angelegenheit einschaltete. Erst auf diesen Ruffel hin reagierte die Stadt. Ende Januar kam es zur Aussprache zwischen Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) und Sicherheitsdirektor Müller.

Während Stadt und Kanton eine neue Einigkeit anstreben, ist der Verein Platzkultur weiterhin auf sich allein gestellt. Aufgrund der Häufung der schweren Zwischenfälle engagierte Ris bereits im Sommer 2019 einen privaten Sicherheitsdienst. Dieser patrouilliert seither jede Freitag- und Samstagnacht während vier Stunden auf der «Schütz». «Mehr liegt finanziell nicht drin», sagt Ris. Der Berner Gemeinderat hat Bereitschaft signalisiert, die Kosten für den Sicherheitsdienst zu übernehmen. «Beschlossen ist aber noch nichts – wir zahlen die Rechnungen nach wie vor aus der eigenen Tasche», sagt Ris.

Auch lobende Worte

Nebst Kritik an der Sicherheitslage im Umfeld der Reitschule enthielt die Antwort des Regierungsrates auf den SVP-Vorstoss auch Positives: Das Einhalten der feuerpolizeilichen Bestimmungen sei «lobenswert». Sorgen bereitet dem Regierungsrat hingegen die Tatsache, dass sich die Reitschüler der Beteiligung der Polizei an einer Evakuationsübung verweherten. Eine geübte Zusammenarbeit aller Sicherheitskräfte sei im Fall eines Brandes oder eines Amoklaufs unverzichtbar.

Zusätzlich fordert der Regierungsrat, dass der reitschulinterne Sicherheitsdienst künftig verhindert, dass Steine und Feuerwerk zwecks Angriffen auf Polizisten auf das Dach der Reitschule gebracht werden können. Die Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule liess eine Anfrage zur Situation auf der «Schütz» und zu den Vorwürfen des Regierungsrates unbeantwortet.

Nachrichten

Gewalt an Schwulen und Lesben

Statistik LGBTI-feindliche Gewalt soll statistisch erfasst werden, so will es der Grosse Rat. Mit 81 zu 62 Stimmen überwies er gestern eine entsprechende Motion. Unterstützt wurde sie von BDP, GLP, EVP, SP und Grünen. SVP, FDP und EDU lehnten das Anliegen ab. Die Befürworter argumentierten, der Staat müsse wissen, in welchem Ausmass LGBTI physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt seien. Nur so könnten wirksame Gegenmassnahmen ergriffen werden. Die Gegner waren der Überzeugung, durch eine Statistik würde nur die Bürokratie weiter ausgebaut – ohne Nutzen für die Beteiligten. Wenn schon, brauchte es eine nationale Statistik, doch dies habe der Ständerat ja am Dienstag abgelehnt. (sda)

Keine Tests mit Lärmblitzer

Strassenverkehr Der Grosse Rat will keine Tests mit Geräten, mit denen übermässiger Strassenlärm geahndet werden kann. Mit 76 zu 67 Stimmen lehnte das Kantonsparlament gestern das Anliegen ab. Die unterlegene Ratslinke machte geltend, dass getunte und überlaute Autos immer mehr Menschen stören würden. Unterstützt wurde sie vom Verfasser des Postulats Mohamed Hamdaoui (CVP). Die Kritiker hingegen begründeten ihre Ablehnung damit, dass die Lärmblitzer bei der heutigen Rechtslage wenig brächten. Für Sanktionen aufgrund von «Vorbeifahrtmessungen» fehle die Rechtsgrundlage. Diese müsste der Bund schaffen. Zudem gebe es keine gesetzliche Definition von vermeidbarem Lärm. (sda)

Fussballclubs dürfen Wetten durchführen

Glücksspiel Im Kanton sollen lokale Sportwetten möglich werden. Aus der Sicht des Grossen Rats ist das für kleine Vereine eine willkommene Einnahmequelle. So sollen Fussballclubs künftig Wetten durchführen dürfen: Die Zuschauer sollen Geld auf den Spielabschluss setzen dürfen. Zulässig sind nur Wetten auf Spiele vor Ort. Möglich wurde dies durch das neue Geldspielgesetz, das gestern behandelt wurde. Während die Legalisierung von Sportwetten unstrittig war, ist eine Diskussion darum entstanden, ob weiterhin Gelder aus dem Lotteriefonds für die Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden sollen. Die Bürgerlichen warben dafür, diese Gelder nur noch für die Katastrophenhilfe einzusetzen. (sda)

ANZEIGE



Hine Adon Hotel, Eichweg 4–6, 3123 Belp, 076 258 67 69

Goldankauf-Aktion 12.03. – 14.03.2020
Fr. 42.50 pro Gramm

Do. – Sa. von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Ring | Armband | Kette | Ohrringe | Modeschmuck
Goldmünzen | Silber | Teppich | Porzellan | Bilder
alle Arten Uhren | Zahngold | 18-Karat Gold

Gerne prüfen wir Ihren Schmuck auf Echtheit! **Kostenlose Hausbesuche** und Anfahrt. **(Ihre Vorteile: zahle bar und sofort)**
Seriose Abwicklung und 100% Diskretion.

Käsereistrasse 2, 3123 Belp - Tel. 031 503 13 47

Trennen Sie sich von Ihren alten Sachen und machen Sie es zu Barem!



Pelz
(nur in Verbindung mit Gold)